

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXIII/4

Bonn, den 19. Januar 1968

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Fortschritt und Hoffnung in Genf</u> Die neue Fassung des Atomwaffensperrvertrages Von Dr. Eberhard Eppler, MdB	40
2	<u>Warum ohne Beho?</u> Zu einer Rede Willy Brandts in Luxemburg	45
3 - 4	<u>Wieder Alarm an der Küste</u> Deich- und Molenbau bleibt auf 3er Tagesordnung Von Günther Petersen	59
5 - 6	<u>Höhere Sozialleistungen ohne Steuererhöhungen in Schweden</u> Der Staatshaushalts-Voranschlag für 1968/69 Von Rudolf Hünor, Stockholm	72

* *

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 5300 Bonn 9,

Heussallee 2-10, Pressehaus I, Zimmer 217-224 Telefon: 228037-38, Telex: 886846 / 886847 / 886848 PPP D

Verantwortlich: Günter Markscheffel, Chefredakteur

Fortschritt und Hoffnung in Genf

Die neue Fassung des Atomwaffensperrvertrages

Von Dr. Erhard Espler, MdB

Die ebenso zähen wie zähflüssigen Verhandlungen über den Atomwaffensperrvertrag zwischen den Beauftragten der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion haben nun doch zu einem beachtlichen Fortschritt geführt. Die beiden Weltmächte haben sich auf eine Formulierung des Artikels 3 über die Kontrollen einigen können. Dabei ist allgemein von Sicherheitskontrollen (Safeguards) die Rede, nicht mehr von Sicherheitskontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien. Dadurch bleibt die Möglichkeit offen, daß sich EURATOM und IAEA über eine Methode der Verifikation von EURATOM-Kontrollen durch die IAEA einigen.

Ferner ist erreicht worden, daß die Revisionsklausel verbessert wurde. Vertragspartner, die kein Vetorecht haben, können nicht mehr an Mehrheitsbeschlüsse gebunden werden. Die Absichtserklärung der Weltmächte, zu einem Ende des atomaren Rüstungswettlaufs zu kommen, ist aus der Präambel in einen selbständigen Vertragsartikel transponiert worden und erhält dadurch mehr Gewicht.

Schließlich haben sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf eine Begrenzung der Geltungsdauer des Vertrages verständigt.

Berücksichtigt man, daß die meisten Bedenken, die sich auf eine Konkurrenzfähigkeit unserer friedlichen Atomnutzung beziehen, schon in früheren Verhandlungen ausgeräumt werden konnten, so hat sich die Lage seit der Bundestagsdebatte vom April 1967 wesentlich verbessert, zumal Großbritannien und die Vereinigten Staaten sich unabhängig vom Vertragstext bereiterklärt haben, ihre friedliche Nutzung von Kernenergie der IAEA-Kontrolle zu unterstellen.

- * Sicherlich sind nicht alle Wünsche der Bundesrepublik erfüllt worden. Und sicherlich wäre es falsch, von einem Nichtweitergabevertrag Wunder zu erwarten. Aber die Friedenspolitik der Bundesregierung, die von vornherein darauf ausging, einen Nichtweitergabevertrag zu fördern, darf sich durch die neue Vorlage in Genf bestätigt und ermutigt fühlen.

Die Bundesrepublik wird nun noch mehr als bisher darauf achten müssen, daß dieser begrenzte Schritt zur Friedenssicherung nicht an nationalen oder regionalen Empfindlichkeiten scheitert. Es gilt nun, klar die Grenze zu markieren, wo die sachlich notwendige Vertretung von eigenen Interessen aufhört und mißliebige Nörgelei beginnt.

Warum ohne Echo ?

Zu einer Rede Willy Brandts in Luxemburg

sp - Überall im Ausland erwartet man seit langem eine klare Stellungnahme der Bundesregierung zur NPD, jener Partei, die genauso wie früher einmal die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (NSDAP) mit einer mehrfachen Lüge schon in der Firmenbezeichnung auf Dummefang ausging. Ebenso wie damals die NSDAP weder national war noch sozialistisch und erst recht nicht eine Partei, die Arbeiterinteressen vertrat, ist die heutige NPD nicht national und demokratisch im wohlverstandenen Sinne des Wortes. Auch bei der sicher bewußt gewählten Buchstabenanordnung im Firmennamen ergibt sich der Vergleich zu den großen Lügen von damals, die dem deutschen Volk so viel Schaden zugefügt haben.

Nun hat Bundesaußenminister Willy Brandt dieser Tage in Luxemburg aus Anlaß der Eröffnung einer Ausstellung deutscher Brillenliteratur aus den Jahren 1933 bis 1945 gerade zu dieser Frage eine Rede gehalten, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen ließ. Ohne die NPD zu überbewerten, richtete er an die ewig gestrigen nationalistischen Extremisten die Warnung, daß die Bundesregierung und die überwältigende Mehrheit unseres Volkes hart im Geben sein werde, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verteidigen. Brandt fügte hinzu, daß die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik kräftig genug seien, um die Erscheinungen des neuen Chauvinismus ausschwitzen zu können.

Diese Rede Brandts wurde schon Stunden, bevor er sie hielt, vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung der deutschen und internationalen Presse zugänglich gemacht. Trotzdem auch noch andere beachtenswerte Passagen in dieser Rede enthalten waren, hat die deutsche Presse kaum davon Notiz genommen...

Unwillkürlich muß man sich fragen, worauf das zurückzuführen sein mag. War das seit Wochen an einer Äußerung deutscher maßgebender Politiker über die NPD gezeigte Interesse nur gespielt oder hat man in den Pressezentren der Bundeshauptstadt geglaubt, in Luxemburg arbeitende Korrespondenten würden das Thema aufgreifen? Eine deutsche Presseagentur veröffentlichte einen Auszug der Rede Brandts in Luxemburg am 17. Januar 1968 um 15.20 Uhr, zu einer Stunde also, da in vielen Zeitungen die technischen Vorbereitungen für den Druck der nächstfolgenden Ausgabe (Morgenzeitung) vielfach schon abgeschlossen sind. Die Agentur tat dies, obwohl die Rede Brandts bereits gegen 13.00 Uhr am gleichen Tage vorlag!

Es kann sein, daß man in dieser oder jener Redaktion der Meinung ist, ein offenes Bekenntnis zum Widerstand gegen einen neuen deutschen Nationalismus übelster Art sei nicht opportun. Andererseits wäre gerade in diesem Fall eine gute Gelegenheit gewesen, dem wohlwollenden und auch dem uns weniger günstig gesinnten Ausland zu zeigen, wie ernst man in der Bundesrepublik die Partei mit der doppelten Lüge im Namen nimmt.

Wieder Alarm an der Küste

Deich- und Molenbau bleibt auf der Tagesordnung

Von Günther Petersen

Die Sturmmeldungen der letzten Tage und die Verwüstungen an den Küsten und in den Küstenstädten haben die ganze westdeutsche Bevölkerung auf die Gefährdung dieser Gebiete hingewiesen. Orkanböen und Treibeis, Schneeverwehungen und Hochwasser, Frost, insbesondere aber Stürme und Springfluten halten die Menschen an der Küste in Atem, Deiche und ihr Hinterland sind in Gefahr. Molen und Dämme werden überspült

Stürme und Sturmfluten bedrängen die deutschen Küstengebiete in diesem Jahr härter als im letzten Jahr. Davon sind nicht nur Seeleute und Hafendarbeiter und die Bevölkerung hinter den Dämmen betroffen, sondern auch die Politiker und solche Organisationen, auf deren Hilfe die Bevölkerung ihre Hoffnung setzt. Auch die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften, insbesondere die IG Bau-Steine-Erden setzen sich seit langem für verstärkten Küstenschutz und Landsicherung ein, und nicht nur, weil das vermehrte Tiefbauaufträge bedeutet

So hat mit den sozialdemokratischen Politikern im Bundestag und in den Landtagen der Küstenländer auch der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden verstärkten Küstenschutz durch mehr Deichbau gefordert. Wie berechtigt seine Forderungen waren, bestätigten ihm die Meldungen aus allen gewerkschaftlichen Verwaltungsstellen im norddeutschen Küstengebiet. So aus den drei Bezirken der IG Bau, in Unterweser-Ems, in Niedersachsen und Nordmark, deren Bezirksleiter nicht nur als Gewerkschaftler, sondern auch als Politiker, z.B. in parlamentarischen Gremien und ihren Ausschüssen für die Bauvorhaben des Deich-, Siel- und Schleusenbaues mitverantwortlich zeichnen. Und sie sind nicht nur als Politiker enga-

giert, sondern auch als Deichhüter, denn bei Sturm ist an der Küste jeder auf dem Posten und so haben sie in diesen Tagen kaum Feierabend gehabt.

Im niedersächsischen Gebiet liegen Schwerpunkte des Deich-, Siel- und Schleusenbaues; in Bremen laufen die Nachrichten aus dem großen und für die Landsicherung so wichtigen Marschengebiet zwischen Unterweser und Ems zusammen: Hamburg hat in diesen schweren Wochen gar einen "Zweifrontenkrieg" zu bestehen. Der Bezirk Nordmark der IG Bau umfaßt auch Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren. "Front Nr. 1 gegen Eis und Wasser ist die Nordsee, "Front Nr. 2 die Ostseeküste. Aber auch die Verteidigungslinie gegen das Hochwasser der Elbe muß künftig noch stärker befestigt werden. Es gibt also Bauaufgaben in Hülle und Fülle. Sie müssen rechtzeitig geplant und vor allem finanziert werden.

In der IG Bau sind in diesen Tagen Hauptvorstand und Bezirksleitungen, aber auch die Verwaltungstellen "auf dem Damme". Sie setzen sich mit den SPD-Fraktionen in den Landtagen der Küstenländer für verstärkte Investitionen für Küsten und Häfen ein, außerdem für punktuell anzusetzende Maßnahmen, z. B. für Schwerpunkte im Molenbau, im Hafenbau, im Deichbau, in Schleusen- und Sielbau.

Überdies ist es nötig für die Westküstenkreise Erleichterungen wie im Zonenrandgebiet zu schaffen; dazu müssen auch bestimmte zusätzliche Steuer- und Finanzhilfen gehören. So hatte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident vor dem Landtag - zur Durchführung des Zweiten Konjunkturprogrammes der Bundesregierung - die Hoffnung, daß "stärker gefüllte Auftragsbücher manche Unternehmer veranlassen würden, von möglicherweise im Winter beabsichtigten Entlassungen von Arbeitskräften abzusehen". Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt zum Bedauern der bangenden Bevölkerung an den bedrohten Küsten.

Höhere Sozialleistungen ohne Steuererhöhungen in Schweden

Der Staatshaushalts-Voranschlag für 1968/69

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Der mit Spannung erwartete schwedische Voranschlag des Staatshaushaltes 1968/69 ist eine Meisterleistung des Finanzministers Gunnar Sträng. Der Minister hat während der dreizehn Jahre seiner Tätigkeit als Finanzminister das Kunststück zuwege gebracht, trotz der für jedermann spürbaren harten Steuerbelastung immer populärer zu werden.

Sträng hat 1967 gegenüber den Schwarzmalern der politischen Opposition und der Wirtschaft Recht behalten, denn Schwedens Nationaleinkommen ist 1967 um 3,3 Prozent gestiegen; die Währungsreserven sind trotz der Pfundabwertung und der Spekulationen gegen die Schwedekrone nahezu gleichhoch wie vor einem Jahr; das Defizit in der schwedischen Zahlungsbilanz ist von 1.300 Millionen Kr. im Jahre 1965 auf 800 Millionen Kr. im Jahre 1966 und 300 Millionen Kr. im Jahre 1967 zurückgegangen. Der Export ist um 6,5 Prozent, die Einfuhr nur um 3 Prozent gestiegen.

Sträng ist Optimist. Er rechnet bei Beurteilung der Staatseinnahmen für 1968 mit einer gleichartigen Wirtschaftsentwicklung. Trotz harter Abstriche an den materiellen und personellen Ansprüchen der einzelnen Ministerien werden aber die vorgeschlagenen Ausgaben in Höhe von 38.535 Millionen Kr. nicht voll durch die Staatseinnahmen gedeckt. Sträng begehrt jedoch keine Steuererhöhungen, wenn man von der zehnprozentigen Steigerung der Alkoholsteuer absieht, die lediglich eine Anpassung an die allgemeine Preisentwicklung bedeutet. Er will den Pehlbetrag von 2.700 Millionen Kr. vielmehr durch Anleihen decken. Diese Belastung ist tragbar, denn 1967/68 sind auf dem schwedischen Kapitalmarkt 2.800 Millionen Kr. ohne Beeinträchtigung der Wirtschaft plaziert worden.

Mehrwertsteuer statt Umsatzsteuer

Ab 1. Januar 1969 soll statt der gegenwärtigen zehnprozentigen Umsatzsteuer eine gleichhohe Mehrwertsteuer eingeführt werden, welche die betrieblichen Investitionen stark begünstigt und die Annäherung Schwedens an die EWG erleichtern soll. Um zu verhindern, daß die Unternehmer ihre Investitionen bis 1969 verschieben, wird für Investitionen im Jahre 1968 eine zehnprozentige Steuerermäßigung gewährt. Als Ausgleichsmaßnahme schlägt Sträng eine einprozentige, von der Löhne- und Gehältersumme zu berechnende Unternehmerabgabe vor.

Rüstungsstopp

Die von den nichtsozialistischen Oppositionsparteien und vom Oberbefehlshaber der Wehrmacht verlangte automatische Rüstungsverstärkung wurde abgelehnt. Die zugestandene vierprozentige Erhöhung deckt nur

die Preis- und Gehaltssteigerungen. Die Konservativen sprechen von einem "drohenden Zusammenbruch der Landesverteidigung" und der auf ihr basierenden Neutralität. Die Sozialdemokraten meinen, daß Schweden mit den gegenwärtigen 6.000 Millionen Kr. Militärausgaben eine durchaus respektable Wehrmacht beibehalten kann.

Mehr Geld für Ausbildung, Forschung und Arbeitsbeschaffung

Markante Ausgabenerhöhungen sind für Schwerpunkte der gesellschaftlichen Entwicklung vorgesehen, für Ausbildung und Forschung, für Arbeitsbeschaffung und Regionalplanung, für sozialen Ausgleich und für die Strukturveränderungen in der Wirtschaft. Mit einer Erhöhung um 720 auf 7.080 Millionen Kr. stehen die Ausgaben für Ausbildung und Forschung an der Spitze.

Der Arbeitslosigkeit soll mit verstärkten Leistungen für Umsiedlungs- und Starthilfe, für Umschulung, sowie mit der Investitionsförderung durch Steuermittel für Industrieverlagerung in Entwicklungs- und Notgebiete begegnet werden. Für diese Zwecke sollen 1.840 Millionen Kr., um 40 Prozent mehr als 1967/68, ausgegeben werden.

Weiterer Ausbau der Sozialleistungen

Für kinderreiche Familien soll über die bisherigen staatlichen Kinderbeiträge und die Mietebeihilfen hinaus weitere 125 Millionen Kr., zusammen 2.100 Millionen Kr., zur Verfügung stehen. - Die staatliche Volkepension wird erhöht; die Versicherungsleistungen des Staates steigen um 495 auf 6.650 Millionen Kr., die Ausgaben für den Gesundheitsdienst um 140 auf 2.070 Millionen Kr., jene für den Wohnungsbau um 115 auf 1.835 Millionen Kr.

Die staatliche Hilfe für Entwicklungsländer soll um 25 Prozent auf 505 Millionen Kr. erhöht werden.

Förderung der Strukturrationalisierung der Wirtschaft

Dem Kapital der staatlichen Investitionsbank sollen weitere 200 Millionen Kr. zugeführt werden, wodurch die Ausleihungsmöglichkeiten dieses für die Veränderung der Wirtschaftsstruktur so wichtigen Institutes auf fast 5000 Millionen Kr. steigen. Mit einem Kapital von zunächst 25 Millionen Kr. soll eine staatliche Entwicklungs- und Forschungsgesellschaft für Grundforschung und praktische Nutzung von Erfindungen gegründet werden.

Das Budget ist ausgewogen. Die ersten oppositionellen Kommentare beschränkten sich auf allgemeine Phrasen. Der untereinander zerstrittenen Opposition fehlt eine einnehmende Alternative.